

Berlin, Mittwoch,

den 14. December 1892.

Die Zeitung erscheint in der Woche
zwölfmal.

Bezugs-Preis:
vierteljährl. für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne
Botenlohn; für ganz Deutschland und
Oesterreich 9 Mk.

Für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband-
Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
für Frankreich bei Aug. Aammel in
Strasbourg l. E.
für England bei Aug. Siegle in London,
30 Line Street E. C., Cowie & Co. in
London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen
bei allen
Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger.
Hotels- und Bäder-Anzeiger.
Vollständige Ziehunglisten
der Preussischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Insertions-Gebühr.
die viergespaltene Zeile 40 Pf., Reclame
theil 80 Pf., die ganze Seite 200 Mk.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Inhalts-Verzeichniss.

Hauptblatt. Reichstag. Hofnachrichten. Conservative Fraction des Reichstages. Portonovo, Deutsche Gefangene der Dahomey-Truppen. 3/2 %ige Stettiner Anleihe. Serbische Specialkassen, Coupons-dienst. Ostpreussische Südbahn. Oesterreichisch Ungarische Staatsbahn-Gesellschaft.	Northern Pacific Bahn. Bergwerks- und Industriepapiere. Dortmunder Steinkohlen-Bergwerk Louise Tiefbau. Königsberger Maschinenfabrik. Maschinenfabrik für Mühlenbau vormals C. G. W. Kapler. Maschinenbau-Anstalt Humboldt zu Kalk bei Köln. Hein. Lehmann & Co. Trägerwellblech- und Signal-Bauanstalt. Berlin-Charlottenburger Bauverein. Berlin-Charlottenburger Bauverein Norddeutscher Lloyd. Actienbrauerei Friedrichshain.	Hansa Brauerei-Gesellschaft in Hamburg. Bierbrauerei und Bierbesteuerung im Deutschen Zollgebiet. Schätzung der Dividenden. Petersburg, Getreide-Inspection. Gera, Gerar Actienbierbrauerei Tinz bei Gera. Petersburg, neue Steuern. I. Beilage. Courszettel. — Productenbörse. II. Beilage. Rede des Abg. v. Bennigsen. Reichstags-Wahllisten.	Graf Gersdorff und Abrahamsohn. Ministerium Ribot. Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft. London, Börse. Petersburg, Umtausch der Credit-billets. Spanisches Cabinet, Finanzpolitik. Lebensversicherungs-Bank f. Deutschland in Gotha. Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft. Carnegiesche Fabrik in Homestead. Waggonfabrik vormals Herbrand.
--	--	---	---

Telegramme.

Darmstadt, 14. December. (C. T. C.) Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Heinrich von Preussen hat ihre Rückreise nach Kiel auf morgen festgesetzt.

Der Grossfürst und die Grossfürstin Sergius werden am nächsten Sonntag die Rückreise nach Moskau antreten.

Wien, 14. December. (H. T. B.) Erzherzog Franz Ferdinand hat heute früh, nachdem er sich gestern von dem Kaiser und den hier weilenden Mitgliedern des Hofes verabschiedet hatte, sich nach Triest begeben, von wo er morgen Mittag mit dem Kreuzer „Kaiserin Elisabeth“ die geplante Weltreise antritt. Die erste Station wird Port Said sein.

Wien, 14. December. (C. T. C.) Ausweis der Oesterreichisch-Ungarischen Staatsbahn (Oesterreichisches Netz) vom 1. bis 10. December 524 434 fl. Mindereinnahme gegen den entsprechenden Zeitraum des vorig. Jahres 147 980 fl.

Brüssel, 14. December. (D. B. Hd.) Die „Independance Belge“ meldet: Der Vorschlag Rothschilds bezüglich der Silberfrage werde seitens eines Theiles der Englischen Abordnung dahin wieder aufgenommen, dass er probeweise zuerst ein Jahr lang in Anwendung komme, worauf die Conferenz erneut zusammentreten sollte.

Paris, 14. December. (C. T. C.) Wie verlautet, ist Tirard, der zur Zeit als Delegirter Frankreichs auf der Münzconferenz in Brüssel weilte, auf den unmittelbaren Vorschlag des Präsidenten Carnot hin telephonisch befragt worden, ob er geneigt sei, das Portefeuille der Finanzen zu übernehmen. Tirard ertheilte sofort seine Zustimmung.

Das Journal „Libre Parole“ behauptet, der ehemalige Minister und jetzige Senator Déves sei der wirkliche Empfänger des unter dem Namen Castellan einkassirten Checks der Panama-Gesellschaft.

Paris, 14. December. (C. T. C.) Die Situation wird im allgemeinen für sehr ernst angesehen. Die conservativen Blätter sagen, die Panama-Affäre bedeute den völligen Zusammenbruch der herrschenden Partei. Aus dem gestrigen Ministerrath wird erzählt, es hätten noch weitere Mitglieder des Cabinet ebenfalls die Absicht ausgesprochen, zu demissioniren, und wären nur durch die Erklärung des Präsidenten Carnot, in solchem Falle gleichfalls zurückzutreten, bewegt worden, die Absicht aufzugeben.

Die Panama-Untersuchungs-Commission wird heute Constans und Clémenceau vernehmen.

London, 14. December. (C. T. C.) Dem „Standard“ wird aus New-York gemeldet: Die Handelskammer sprach sich zu Gunsten des Erlasses allgemeiner Quarantaine-Massnahmen aus, die die localen Behörden nicht in der Lage seien, wirksam vorzunehmen.

Petersburg, 13. December. (C. T. C.) Das Cassationsdepartement des Senats für Criminalsachen hat in einer Klagesache des bekannten Suttgarter Professors Jaeger gegen einen hiesigen Arzt die principiell wichtige Entscheidung getroffen, dass ausserhalb Russlands befindliche Angehörige eines fremden Staates in Russland

denselben Rechtsschutz geniessen wie Russische Unterthanen. Die Entscheidung richtet sich gegen einen Beschluss des Petersburger Gerichtshofes, welcher die Klage Jaegers zurückgewiesen hatte, weil dieser im Auslande wohnhaft sei.

Bukarest, 13. December. (C. T. C.) Der Senat beschloss in heutiger Sitzung mit grosser Mehrheit, den Adressentwurf in Erwägung zu ziehen. Die Ausführungen der Minister Alexander Lahovary, General Lahovary und Carp wurden sehr beifällig aufgenommen. — Die Regierung legte den Handelsvertrag mit England vor.

Sofia, 13. December. (C. T. C.) Der Ministerpräsident Stambulow hat in einer von zahlreichen Deputirten besuchten Versammlung den Entwurf zur Abänderung der Verfassung vorgelegt. Der Hauptpunkt desselben bestimmt, dass sowohl der erste erwählte Fürst als auch der erste Thronerbe in der Religionsgemeinschaft, welcher sie angehören, verbleiben können. Die anwesenden Deputirten verpflichteten sich, den Entwurf zu unterstützen.

Die Blättermeldung, Bulgarien beabsichtige eine Kriegsflotte zu bauen, wird von gut unterrichteter Seite als erfunden bezeichnet. Bevor Bulgarien an die Errichtung einer Flotte denken könne, müsse es vielmehr befestigte Häfen besitzen.

Sofia, 14. December. (C. T. C.) Die „Agence Balcanique“ erklärt, die Bulgarische Regierung habe bisher von Russland nicht die Rückzahlung gewisser Summen, welche Russland Bulgarien schulde, verlangt. Dagegen verlautete gerücheltweise, die Bulgarische Regierung werde anlässlich der demnächstigen Bezahlung von 2 Millionen Rubel Occupationskosten gewisse bei der Russischen Gesandtschaft in Bukarest hinterlegte Legate für die Bulgarische Nation reclamiren und die Herausgabe der ungesetzlich zurückbehaltenen Archive der Bulgarischen Vertretung in Belgrad aus der Zeit verlangen, in welcher Russland während des Serbisch-Bulgarischen Krieges die Bulgarischen Interessen in Serbien vertrat.

Glasgow, 14. December. Vorm. 11 Uhr 5 Min. (C. T. C.) Roheisen. Mixed numbers warrants 41 sh. 8 d. — Stetig.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 14. December.

— Reichstag, 15. Sitzung vom 14. December 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Caprivi, v. Boetticher, Frhr. v. Marschall, Hollmann, von Kaltenborn-Stachau, Edler v. d. Planitz.

Die erste Lesung der Militärvorlage wird festgesetzt.

Abg. Haussmann (Volksp.): Durch die bisherigen Verhandlungen haben weder die Gründe für die Vorlage eine Verstärkung, noch diejenigen gegen dieselben eine Abschwächung erfahren. Als einziger Befürworter der Vorlage ist der Freiherr von Stumm aufgetreten, doch er sprach nicht einmal im Namen seiner ganzen Fraction. Ueber die Haltung des Centrums bestehen zwar Meinungsverschiedenheiten, aber das Eine steht doch fest, dass es über die gegenwärtige Präsenzstärke nicht hinausgehen

will. Da die Erhöhung der Präsenzstärke aber nach der Erklärung des Reichskanzlers der springende Punkt ist, so ist auf eine Annahme der Vorlage nur zu rechnen, wenn entweder das Centrum von seinem ruhenden Standpunkt abgeht, oder aber der Punkt des Reichskanzlers wirklich springt. Die Stimmung in Süddeutschland ist treffend von dem Grafen Preysing gekennzeichnet worden. Die Rede des Herrn v. Bennigsen hat gezeigt, dass die Nationalliberalen bereits zu zwei Dritteln für die Vorlage zu haben und bereit sind, 40—50 Millionen zu bewilligen. Herr v. Bennigsen hat zunächst der Presse vorgeworfen, dass sie die öffentliche Meinung beunruhigt habe, aber es war doch gerade ein nationalliberales Blatt, welches die Vorlage zuerst veröffentlichte. Auch hinsichtlich der äusseren Politik schürt ja die nationalliberale Partei die Missstimmung im Volke gegen die Regierung, und so war es auch wohl mit der Bemerkung des Herrn von Bennigsen von den grossen und kleinen Fehlern der Regierung. Die Nationalliberalen mögen doch zunächst einmal die Fehler nennen, die gemacht sind. (Sehr richtig! links.) Auch wir gestehen zu, dass Fehler gemacht sind, so mit der Einbringung dieser Vorlage, und deshalb bekämpfen wir diese. Auch in der gloriosen Zeit, die Herr v. Bennigsen gerühmt, wurden Fehler gemacht, ja man kann mit Recht sagen, der grösste Theil der herrschenden Missstimmung wurzelt in jener gloriosen Zeit. (Sehr richtig! links.) Ferner ist es vor allem die Schuld des Abg. von Bennigsen, wenn das Parlament bei uns die ihm zukommende ausschlaggebende Stellung nicht hat, denn er als langjähriger Führer der ausschlaggebenden Partei im Hause hätte sie ihm allein erringen können. Die nationalliberale Partei wird diesmal durch ihre Haltung nur dazu beitragen, die Wählermassen nach links zu drängen. Aus den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers ging nun hervor, dass er an allen Einzelheiten der Vorlage festhält. Es scheint sich zu bestätigen, was man hier und da gehört hat: „Man sagt, er wolle sterben.“ (Heiterkeit.) Der Reichskanzler würde es gern sehen, dass wir auch seine Gründe weiter verbreiten. Damit würden wir aber wenig Segen stiften. Selbst das Geschenk der zweijährigen Dienstzeit, wie es die Vorlage bietet, würde wenig wiegen gegenüber den neuen Lasten, die sie bringt. Auch die „Verjüngung der Armee“ ist uns ein akademisches Argument, das man vom Bundesrathstische aus anführen, um die Stimmung zu beeinflussen. In Wahrheit handelt es sich doch nur um eine Vermehrung, und das fühlt das Land sehr wohl heraus. Die zweijährige Dienstzeit muss ausserdem früher oder später so wie so zugestanden werden, denn der Reichskanzler hat ja selbst gesagt, wir hätten doch nur eine verkrüppelte Wehrpflicht und eine verstämmelte Dienstzeit. Eine verkrüppelte Wehrpflicht ist immer noch besser als eine Wehrpflicht mit Krüppeln. (Heiterkeit.) Zu einer solchen würde die Vorlage führen. Der Reichskanzler ist von der Nothwendigkeit seiner Vorlage überzeugt. Aber Herr von Verdy war auch von der Noth-